

Ferdinand Karlhofer/Fritz Plasser

Die Innsbrucker Politikwissenschaft: Konsolidierung und Profilbildung¹

Schlüsselwörter: Österreichische Politikwissenschaft, Standort Innsbruck, personelle Kapazitäten, Studierendenzahlen, Forschungsschwerpunkte, internationale Vernetzung, Europäisierung der Disziplin

Zusammenfassung: Der Beitrag gibt einen Überblick über die Etablierung und fachliche Profilbildung des Innsbrucker Instituts für Politikwissenschaft. Nach einem Rückblick auf die strukturellen und institutionellen Probleme der Pionierphase, die durch verknappte Ressourcen, curriculare Beschränkungen und einen organisatorischen Sonderstatus durch die Anbindung an zwei Fakultäten gekennzeichnet war, analysiert der Beitrag die Entwicklung der personellen Kapazitäten am Institut, die steigenden Studierenden- und AbsolventInnenzahlen wie die fortschreitende Ausdifferenzierung der Studienangebote als Konsequenz des Bologna-Prozesses. Zentrale Forschungsschwerpunkte der InstitutsmitarbeiterInnen, der graduelle Wandel der Forschungs- und Publikationskultur wie die internationale Vernetzung vor dem Hintergrund der fortschreitenden Europäisierung der Disziplin werden im Kontext analysiert und evaluiert.

Innsbruck Political Science: Consolidation and Positioning

Keywords: Austrian political science, location Innsbruck, personal capacities, student numbers, research focus, international networking, Europeanization of the discipline

Abstract: The article provides an overview of the establishment and gradual consolidation of political science at Innsbruck University. Starting with a look back at the structural and institutional obstacles determining the pioneer years, such as tight resources, curricular restrictions, and a special organizational status due to the assignment to two different faculties, the article deals with the development of staff capacities, the growth of student and graduate numbers, and the reshaping of curricula in compliance with the Bologna process. The article concludes with a look at the status quo, focusing in particular on main research topics and the gradually changing publication culture in the context of international networking coming along with the ongoing Europeanization of the discipline.

Ferdinand Karlhofer
Institut für Politikwissenschaft
6020 Innsbruck, Universitätsstraße 15
E-Mail: ferdinand.karlhofer@uibk.ac.at

Fritz Plasser
Institut für Politikwissenschaft
6020 Innsbruck, Universitätsstraße 15
E-Mail: fritz.plasser@uibk.ac.at

Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 41. Jg. (2012) H. 1, 95–112

1. Einleitung

Die Institutionalisierung der Innsbrucker Politikwissenschaft erfolgte unter kontextuellen Rahmenbedingungen, von denen auch die Etablierung der Disziplin in anderen universitären Standorten erschwerend beeinflusst wurde. Verhinderungs- wie Instrumentalisierungsversuche politischer Machtinteressen, universitätsinterne Konkurrenz-, Ressourcen- und Positionierungskämpfe, minimale personelle Ausstattung, regulative Beschränkungen der Studienpfade und Vorurteile, Zweifel an der Objektivität und verbreitete Skepsis, was Berufs- und Arbeitsmarktchancen der zukünftigen AbsolventInnen betraf, überschatteten die Institutionalisierung der Politikwissenschaft an österreichischen Universitäten (Appelt/Pollak 2007; Appelt 1996; Ehs 2010; Karlhofer/Pelinka 1991; König 2010; 2011; Kramer 2004; Pelinka 1995, 1996). Neben diesen für die Etablierung des Faches problematischen Vektoren wurde die Pionierphase der Innsbrucker Politikwissenschaft durch spezifische Faktoren erschwert. Dazu zählte die vergleichsweise verspätete Einrichtung des Instituts für Politikwissenschaft (1976) als zunächst nur Kombinations- und Wahlfach, was de facto Wettbewerbsnachteile gegenüber den Standorten Wien und Salzburg bedeutete, an denen Politikwissenschaft als Vollstudium angeboten wurde. Erst 1985 wurde Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck als eigenständige Studienrichtung verankert.

2. Kontextuelle Rahmenbedingungen

Das Ringen um die Anerkennung als gleichberechtigtes Vollstudium wurde durch den paradoxen organisatorischen Doppelstatus der Innsbrucker Politikwissenschaft erschwert. So waren Institut und seine MitarbeiterInnen Teil der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, während Studium und Studienangelegenheiten in die Domäne der Geisteswissenschaftlichen Fakultät fielen. Infrastrukturelle Ausstattung und personelle Ressourcen mussten im Fakultätsrat der SOWI-Fakultät in Abstimmung mit den Plänen und Vorhaben der Betriebs- und Volkswirtschaftlichen Institute ausverhandelt werden, während curriculare Fragen, Studienangelegenheiten und Prüfungswesen mit dem Dekanat der Geisteswissenschaftlichen Fakultät zu koordinieren waren. Die doppelte Identität der Innsbrucker Politikwissenschaft als sozialwissenschaftliches Institut mit geisteswissenschaftlichen Studienplänen hatte auch Auswirkungen auf das disziplinäre Selbstverständnis. Nicht zuletzt als Konsequenz der langjährigen doppelten Identität wurde im Innsbrucker Institut größter Wert auf einen weitgespannten Theorie- und Methodenpluralismus gelegt, der Identitätskonflikte vermied, gleichzeitig aber auch die strategische Profilbildung und Positionierung im zunehmend spezialisierten disziplinären Wettbewerb schwieriger machte.

Zu den organisatorischen Problemen des paradoxen Doppelstatus der Innsbrucker Politikwissenschaft kamen in den ersten Jahren strukturelle Schwächen der Personalausstattung, was die Anzahl hauptamtlicher MitarbeiterInnen betraf. Dass die eklatanten Ressourcenprobleme der Anfangsjahre durch eine starke wissenschaftliche und öffentliche Präsenz der Innsbrucker Politikwissenschaft kompensiert und schrittweise entschärft werden konnten, ist das persönliche Verdienst des Gründers und Promotors der Innsbrucker Politikwissenschaft Anton Pelinka. Nur durch seine publizistische Präsenz, wissenschaftliche Produktivität und diplomatische Verhandlungsstärke gewann die personell minimal ausgestattete Innsbrucker Politikwissenschaft ein respektiertes Eigengewicht, das für weitere Ausbauschritte in Verhandlungen mit dem Wissenschaftsministerium sowie dem Rektorat der Universität Innsbruck ins Treffen geführt werden

konnte. Der Verweis auf die überragenden Verdienste des Institutsgründers für Ausbau und Wachstum der Innsbrucker Politikwissenschaft spricht ein weiteres Spezifikum der Pionier- und Etablierungsphase des Instituts an: die hochgradige Personalisierung und Identifikation mit Wirken und Werk einer Schlüsselperson.²

In ihrer Pionierphase operierte die Innsbrucker Politikwissenschaft als akademisches „Generalunternehmen“. Wenige Personen mussten die Breite des Lehr- und Forschungsspektrums der Disziplin abdecken und Einführungs- und Überblicksvorlesungen in Fachgebieten anbieten, die nicht durch externe Lehrende gehalten werden konnten. Resultat war eine im Rückblick erstaunliche thematische Bandbreite, die aber gleichzeitig zulasten thematischer Spezialisierung ging, die die Anforderungen des Lehr- und Dienstbetriebes nur unter größten Anstrengungen zuließen. Die für die Anfangsjahre der Innsbrucker Politikwissenschaft charakteristische generalistische Orientierung fand in einer bemerkenswerten thematischen Breite der Publikationen und Debattenbeiträge ihren Niederschlag.

Was Helms als charakteristisch für die Entwicklung des Faches Politikwissenschaft in Deutschland anführt – „große Komplexität, zahlreiche Konflikte und manche Paradoxien“ (Helms 2010, 55) –, lässt sich im Kern auch auf Formierung und Etablierung der Politikwissenschaft in Österreich und im Speziellen auch in Innsbruck übertragen. Ebenso beschreiben die von Pelinka für die österreichische Politikwissenschaft als charakteristisch bezeichneten Problemlagen – die verspätete Durchsetzung als eigenständige Disziplin, die personelle Unterbesetzung, die zu starke Konzentration auf das politische System Österreichs wie die tendenzielle Abschottung gegenüber dem internationalen Wettbewerb (Pelinka 1995, 1996) – auch strukturelle Schwächen der ersten Jahrzehnte der Innsbrucker Politikwissenschaft. Auf die aktuelle Positionierung der Innsbrucker Politikwissenschaft trifft die Diagnose aber mittlerweile nur mehr sektoral zu, während sich der Fokus der wissenschaftlichen Forschungsinteressen seit den Neunzigerjahren thematisch wie geografisch breiter gestreut dargestellt, die internationalen Forschungs Kooperationen ebenso verdichtet haben wie die Anzahl der Publikationen in englischsprachigen Fachjournalen.

Ein entscheidender Wendepunkt für das disziplinäre Selbstverständnis war die Verdichtung der Europäischen Integration mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union. Eine nachhaltige Konsequenz der Europäisierungsdynamik war die Erweiterung der vier traditionellen Kernfächer des Studiums der Politikwissenschaft (Politische Theorie- und Ideengeschichte, Vergleich politischer Systeme, Politisches System Österreichs, Internationale Politik) um ein fünftes Kernfach – die Politik der Europäischen Integration, das zwischen 1987 und 2007 von Heinrich Neisser (zunächst als Honorarprofessor, später dann als Jean-Monnet-Professor bzw. im Rahmen einer Paragraf-99-Professur) personell und thematisch repräsentiert wurde. Die Etablierung eines fünften Kernfaches hatte auch Konsequenzen für die traditionellen Kernfächer. War und ist die komparative Perspektive konstitutiv für das Kernfach Vergleich politischer Systeme, spielt der Vergleich mit institutionellen Regimen und Prozessen in anderen europäischen Ländern mittlerweile auch in Lehrveranstaltungen im Kernfach Politisches System Österreichs eine immer relevantere Rolle. Die voranschreitende Europäisierung der österreichischen Politikwissenschaft – von Kritikern noch immer als unzureichend bewertet (König 2011, 84) – hat am Standort Innsbruck nicht nur die Schwerpunkte der Lehre neu fokussiert, sondern auch zu einer perspektivischen Neustrukturierung des Forschungsinteresses geführt.

Eine letzte strukturelle Besonderheit der Innsbrucker Politikwissenschaft geht auf die enge regionale Verbindung der Universität Innsbruck mit dem Raum Südtirol und Trentino zurück. Fast ein Fünftel der Studierenden der Studienrichtung Politikwissenschaft kommt aus Südtirol,

was konsequenterweise bedeutet, dass institutionelle wie prozessuale Fragen der Europaregion Tirol/Südtirol/Trentino wie der italienischen Politik im Lehr- und Forschungsprogramm der Innsbrucker Politikwissenschaft eine besondere Rolle spielen und durch interuniversitäre Kooperationen und interregionale Forschungsgruppen das regionale Profil der Innsbrucker Politikwissenschaft stärken.

In den letzten 15 Jahren haben einschneidende kontextuelle, organisatorische, regulative wie curriculare Veränderungen zu einer Neustrukturierung des Instituts für Politikwissenschaft geführt. Die Verankerung der Politikwissenschaft als eigenständige sozialwissenschaftliche Studienrichtung, die erweiterte Neudefinition der Kernfächer, die Umstellung auf ein dreistufiges Bachelor-, Master- und PhD-Studium wie die institutionelle Zuordnung zur 2004 gegründeten Fakultät für Politikwissenschaft und Soziologie, personelle Nach- und Neubesetzungen mit international ausgewiesenen und vernetzten ProfessorInnen, die Bündelung der Forschungskapazitäten in Forschungszentren und Forschungsplattformen, der Start eines neuen interfakultären Masterprogramms „Gender, Culture and Society“ zusätzlich zum politikwissenschaftlichen Masterprogramm „Europäische Politik und Gesellschaft“, die Einrichtung eines PhD-Programms, Intensivierung der internationalen Forschungskooperationen und Konferenzaktivitäten haben zu einer Ausdifferenzierung und Professionalisierung der Innsbrucker Politikwissenschaft geführt, ohne die eingangs erwähnten, für die Formierungsphase charakteristischen Spezifika gänzlich neutralisiert zu haben. Der Spannungsbogen zwischen Konsolidierung und Profilierung eines Faches steht konsequenterweise im Mittelpunkt der folgenden Abschnitte, die sich an drei ausgewählte, von Klingemann (2007, 2008) definierte Bewertungsdimensionen der akademischen Kapazität des Faches Politikwissenschaft orientierten: den Grad der Institutionalisierung/Konsolidierung eines Faches, seine professionelle Organisationsstruktur in Lehre und Forschung wie seine Entwicklungsperspektiven im Kontext der Europäisierung der Disziplin Politikwissenschaft.

3. Phasen der Institutionalisierung

3.1 *Institutsgründung im Schatten der Rechtswissenschaft*

Unter den drei Standorten mit Instituten für Politikwissenschaft bildet Innsbruck in zeitlicher Hinsicht das Schlusslicht. In Wien war sie zunächst außeruniversitär ab 1963 am IHS verankert, an der juristischen Fakultät der Universität reichen fachverwandte Gebiete wie Staatslehre und Völkerrecht historisch weit zurück, eine eigene Lehrkanzel mit politikwissenschaftlicher Widmung wurde aber erst 1968 eingerichtet. An der Universität Salzburg setzt die Geschichte Mitte der 1960er-Jahre ein und mündete 1969/70 in der Gründung eines interfakultären, später dann direkt dem Senat unterstellten Instituts.

Die Gründungsgeschichte der Politikwissenschaft in Innsbruck hat mit der in Wien die Gemeinsamkeit, dass die Rechtswissenschaften nachgerade eifersüchtig ihre Dominanz über die junge Disziplin zu wahren trachteten. Zwar wurde 1972 eine am Innsbrucker *Institut für Politik und öffentliches Recht* frei gewordene Professur in „Politikwissenschaft“ umgewidmet; der dem Wissenschaftsministerium unterbreitete Dreivorschlag setzte sich dann aber aus zwei Juristen ohne Fachbezug und einem weiteren Kandidaten, der seine *Venia* für Politikwissenschaft just an diesem Institut erworben hatte, zusammen (ausführlich dazu Sickinger 2004, 48–52). Die Stelle musste neu ausgeschrieben werden, 1975 wurde sie dann mit einem Politologen (Anton Pelinka)

besetzt; die Professur, ergänzt um eine Assistentenstelle, war vorerst keinem Institut zugeordnet, sondern direkt der Rechts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät angegliedert.³

Die dem neuen Kollegen zugedachte Rolle im Lehrbetrieb lässt sich am besten wohl mit Marginalisierung und Kontrolle umreißen. Zwar hielt er von Beginn an sechs der insgesamt 21 Wochenstunden im Prüfungsfach „Wissenschaft von der Politik“, den erstmals im Sommersemester 1974 (unmittelbar vor Berufung des neuen Professors) abgehaltenen Grundkurs „Einführung in die Politikwissenschaft“ reklamierte aber ein Verfassungsrechtler für sich.

Eine spürbare Lockerung der juristischen Dominanz erfolgte mit der Gründung einer *Lehrkanzel für Wissenschaft von der Politik* (ohne Anbindung an ein bestimmtes Institut) und der Zuweisung einer eigenen Assistentenstelle anlässlich der Besetzung der Professur 1975. Im Zuge der 1976 vorgenommenen Trennung von Rechtswissenschaften und Ökonomie, bis dahin unter einem gemeinsamen Dach zusammengefasst gewesen, in eigene Fakultäten für Rechtswissenschaften (REWI) und Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (SOWI) wurde die Lehrkanzel der SOWI zugeordnet. Ein Jahr später dann (1977) wurde dort ein eigenes Institut für Politikwissenschaft eingerichtet. Nicht zufällig nahm zum selben Zeitpunkt das Institut für Politik und öffentliches Recht eine Namensänderung vor und nannte sich fortan *Institut für Öffentliches Recht und Politikwissenschaft* (der Zusatz wurde erst 2006 wieder gestrichen).

3.2 Aufbau und Stärkung des Eigenprofils

Mit der Zuweisung einer zweiten Assistentenstelle 1977 und davor schon einer Sekretariatskraft war das Institut nun auch nach außen hin als solches erkennbar. Die Lehre beschränkte sich, nachdem noch keine eigene Studienrichtung bestand, auf Politikwissenschaft als Wahlfach für das betriebswirtschaftliche und das rechtswissenschaftliche Studium. Weitere Planstellen waren auf absehbare Zeit nicht vorgesehen, der Kreis der Lehrenden konnte daher einzig um externe Lektoren erweitert werden, beginnend mit drei bis vier und kontinuierlich anwachsend auf zwischen zehn und 15 Personen. Wegen der anhaltend knappen finanziellen Ressourcen musste ein nicht geringer Teil der externen Lehre nicht-remunert, d.h. mit minimaler Entschädigung, abgehalten werden. Nicht unwichtiges Motiv bei einigen langjährigen Externen war dabei die Perspektive, sich zu gegebener Zeit am Institut zu habilitieren. Der erste externe Lehrende erhielt 1984 die *Venia*, aktuell (Stand 2011) sind dem Institut 14 externe Dozentinnen und Dozenten zugeordnet. Damit hebt Innsbruck sich von den anderen Standorten in Österreich deutlich ab.⁴ Ein Blick auf die wissenschaftlichen Karriereverläufe der Habilitierten macht dabei sichtbar, dass es vorschnell wäre, von der Quantität auf (niedrige) Qualitätsstandards zu schließen – eher schon war und ist die grundsätzliche Offenheit gegenüber Externen als Absage an eine restriktive Habilitationspraxis gegenüber nicht intramural verankerten FachkollegInnen zu verstehen.

Auf Planstellen bezogen änderte der Personalstand des Instituts sich bis Ende der 1980er-Jahre wenig. Hervorzuheben ist das Jahr 1986 mit der Einrichtung einer außerordentlichen Professur für Politische Theorie. Im gleichen Jahr waren neben den beiden Universitätsassistenten vier über Drittmittel finanzierte VertragsassistentInnen beschäftigt. Jeweils auf ein Semester befristet ergänzten im Laufe des Jahrzehnts wechselnde Gastprofessuren das Lehrangebot.

Mit innovativem Engagement und einem guten Gespür für windows of opportunity erschloss der Institutsleiter im Laufe der Jahre über die Erfüllung der universitären Aufgaben hinausreichende Aktivitätsfelder, unter anderem im Bereich der Politischen Bildung. Neben der Abdeckung des Diplomstudiums (eingrichtet 1984) ist das Institut seit den frühen 1980er-Jahren in der

LehrerInnenfortbildung (für alle Schultypen) und allgemein der Erwachsenenbildung⁵ aktiv. Anfangs in Form eines Seminars „Hochschullehrgang für Politische Bildung“ abgehalten, mündete das Programm in Folge in eine Kooperation mit dem Institut für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung (IFF) und wird seit 1999 als Universitätslehrgang Politische Bildung mit dem Abschluss Master of Advanced Studies (Civic Education) angeboten.⁶ Speziell für die Lehre in diesem Bereich ist dem Institut für Politikwissenschaft seit 1988 ein Bundeslehrer auf Teilzeitbasis, seit 1991 zusätzlich ein Vertragslehrer auf Vollzeitbasis dienstzugehört.

3.3 Personalausbau und Konsolidierung

Eine spürbare Vergrößerung des Personalstands bildete die 1989 geschaffene zweite ordentliche Professur für „Politisches System Österreichs mit besonderer Berücksichtigung der Frauenforschung“, verbunden mit zwei AssistentInnenstellen und einer zusätzlichen Sekretariatskraft. Ein Jahr später folgte eine zweite außerordentliche Professur für „Politische Kommunikation“, verbunden mit der Zuweisung einer AssistentInnenstelle und einer weiteren Sekretariatskraft. Darüber hinaus waren die 1990er- und frühen 2000er-Jahre eine konzentrierte Phase von Habilitationen der AssistentInnen des Instituts (fünf im Jahr 1995, je eine 2001 und 2002), wodurch die Kapazitäten für die Betreuung von Diplomarbeiten und Dissertationen deutlich erweitert wurden. Zwei der Habilitierten wurden 2011 zu UniversitätsprofessorInnen nach § 99 UG ernannt.⁷

Besonders hervorzuheben ist schließlich die 2000 eingerichtete, zu 75% aus EU-Fördergeldern finanzierte Jean-Monnet-Professur⁸ zur Abdeckung des neu im Studienplan verankerten Kernfachs „Politik der Europäischen Integration“. Nach Ablauf der fünfjährigen Förderungsdauer wurde die Stelle in eine § 99-Professur umgewandelt und 2010 als unbefristete Professur neu besetzt.

Tabelle 1: Politikwissenschaft Innsbruck – Personalstand 1977–2011

Kategorien Beschäftigte ¹	1977	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011 ²
ProfessorInnen	1	1	1	4	4	4	5	5	7
DozentInnen	–	–	–	–	5	4	6	7	5
wiss. MitarbeiterInnen	1	2	2	4	–	3	4	7	7
ProjektmitarbeiterInnen	–	–	4	2	2	1	3	8	13
Sekretariat	1	1	1	2	2,5	3	4	3	3
gesamt	3	4	8	12	11,5	15	22	30	35

1 Mehrfache Änderung des Dienstrechts, daher Zuordnungen im Zeitverlauf nicht immer streng vergleichbar

2 Veränderung der Zahlen aufgrund §-99-Überführung von zwei DozentInnen in die Professorenkurie

Quelle: Personalstatistik des Instituts für Politikwissenschaft

Eine kritische Phase durchlief das Institut Mitte des vergangenen Jahrzehnts, als mit der Umsetzung des UG 2002 die Neuordnung der Fakultätengliederung der Universität anstand. Mit seiner bisherigen Verankerung an zwei Fakultäten – als Institut und Wahlfach an der SOWI, als Vollstudium an der GEIWI – war für mehr als ein Jahr völlig unklar, welcher der von bisher sechs (ohne Medizin) schlussendlich auf 15 anwachsenden Fakultäten die Politikwissenschaft zuge-

ordnet werden würde. Mehrere Varianten wurden zu unterschiedlichen Zeiten in Erwägung gezogen (ohne dass das Institut substanziell hätte mitentscheiden können): ein Zusammengehen unter anderem mit den Instituten für Zeitgeschichte, Geschichte und Ethnologie, Erziehungswissenschaft, Volkswirtschaft und Soziologie. Mit dem Organisationsstatut 2004 der Universität wurde am Ende eine Fakultät für Politikwissenschaft und Soziologie (ohne Beteiligung der Volkswirtschaft) beschlossen. Der Weg zu dieser – hinsichtlich des Personalstands kleinsten – Fakultät war alles andere als frei von interessengeleiteten Interventionen und letztlich auch einer gewissen Beliebigkeit, soweit es die Berücksichtigung von Forschungszusammenhängen angeht.

4. Ausdifferenzierung und Spezialisierung der Forschungsfelder

Ein zentrales Bewertungskriterium der akademischen Kapazität eines Faches ist nach Klingemann (2007, 2008) seine professionelle Organisationsstruktur in der Forschung. Thematisch konzentrierten sich die Forschungsinteressen der Innsbrucker Politikwissenschaft in der ersten Konsolidierungsphase des Instituts vorrangig auf das politische System Österreichs. Die analytische Aufarbeitung und Durchdringung der Strukturen und Prozesse österreichischer Politik wie das Herausarbeiten ihrer Besonderheiten (segmentierte Lagerdemokratie, Konkordanz, Sozialpartnerschaft) nahm die personell knappen Forschungsinteressen nahezu vollständig in Anspruch. Diese – keineswegs nur für den Standort Innsbruck charakteristische österreichbezogene Schwerpunktsetzung (König 2011, 84) – wurde von Pelinka (1996) auf den besonderen Nischencharakter der österreichischen Politikwissenschaft zurückgeführt und u.a. auch mit dem Österreich-Bias der öffentlichen Forschungsförderung erklärt (Pelinka 1996, 7). In Konturen zeichneten sich aber bereits in den ersten Forschungsjahren Schwerpunkte der Forschungsorientierung der Innsbrucker Politikwissenschaft ab: ihre Konzentration auf die Ebene der politics und intermediäre Akteure und Institutionen des politischen Wettbewerbs sowie Fragen nach Qualität politischer und gesellschaftlicher Partizipation.

Mit dem personellen Wachstum des Instituts und neu geschaffenen Professuren verbreitete sich das inhaltliche Forschungsspektrum. Durch die 1989 besetzte Professur für „Das politische System Österreichs unter besonderer Berücksichtigung der Frauenforschung“ wurde die primär auf Dynamiken österreichischer Politik fokussierte Forschung um feministische Aspekte und Paradigmen der Frauenforschung erweitert, die in modifizierter Form als Gender- und Frauenforschung einen wesentlichen Schwerpunkt der Forschungsaktivität der Innsbrucker Politikwissenschaft darstellen. Weitere neu eingerichtete Professuren für Politische Theorie, den Vergleich politischer Systeme und die Politik der Europäischen Integration führten zu einer nachhaltigen Ausdifferenzierung der Forschungsfelder am Innsbrucker Institut für Politikwissenschaft. Die Verbreiterung der Forschungsfelder bedeutete aber nicht eine Abkehr von erwähnten originären politics-orientierten Forschungsinteressen. Wie Klingemann in seinem State-of-the-Art-Report über den Stand der westeuropäischen Politikwissenschaft anmerkt, „political science has not abandoned research on modes of government, political parties, and electoral behavior. Rather we observe a process of differentiation in the research agenda of European political science which adds new perspectives but does not give up old ones“ (Klingemann 2007, 30). So stehen Themen der Demokratiereform wie die Qualität des demokratischen Wettbewerbs, das Regierungssystem wie seine zentralen Akteure und Institutionen, European Governance und Politikgestaltung in Mehrebenensystemen, Föderalismus und Inter-Regional

Governance, Political Leadership wie aktuelle Fragen der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe und Partizipation am politischen Prozess ebenso auf der aufgefächerten Forschungsagenda der Innsbrucker Politikwissenschaft wie gender- und kulturspezifische Analysen gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse.

Im Forschungsbereich der Internationalen Politik hat sich eine Gruppe von ForscherInnen zu International Security Research Groups (ISRG) zusammengeschlossen, die sich mit neuen Fragen der Sicherheitspolitik auseinandersetzt, wobei der Fokus insbesondere auf die Energiesicherung in Europa sowie auf andere neu thematisierte Sicherheitsprobleme (transnationaler Terrorismus, nukleare Proliferation) gelegt wurde. Ergänzt wird das Forschungsprogramm dieser Gruppe um regional studies im Bereich des postsowjetischem Raums und des Nahen und Mittleren Ostens. Trends und Probleme der politischen Kommunikationspraxis wie die kritische Durchleuchtung problematischer Entwicklungen in einer immer flüchtigeren Mediengesellschaft sind Kernthemen einer ForscherInnengruppe am Institut, die sich im Feld der politikwissenschaftlichen Kommunikationsforschung spezialisiert hat.⁹

Die Ausdifferenzierung und Spezialisierung der Forschungsfelder wie die Intensivierung mittelfristiger Forschungsk Kooperationen wurde durch universitätsinterne Weichenstellungen gefördert. So ist das Institut mit zahlreichen Forschungsprojekten an der interfakultären Forschungsplattform „Organization and Society“ beteiligt und betreibt ein eigenes Forschungszentrum „Governance and Civil Society“. Im Formierungsstadium befindet sich derzeit eine weitere, die österreichischen Grenzen überschreitende Forschungsgruppe, die sich mit Fragen der interregionalen Zusammenarbeit und Perspektiven der Regional Governance auseinandersetzt. Die Auffächerung der Forschungsfelder, die Einrichtung von Forschungsgruppen, die Kooperation mit internationalen Forschungsnetzwerken, die steigende Anzahl erfolgreich eingeworbener Drittmittel sowie die erhöhte Präsenz Innsbrucker PolitikwissenschaftlerInnen bei internationalen Tagungen und Workshops sind Indikatoren für eine fortschreitende Professionalisierung des Instituts. Mit Blick auf die fortgeschrittene und durch die universitätsinterne Steuerung der Forschungspraxis vorgegebene Tendenz in Richtung inter- und transdisziplinärer Forschungsk Kooperationen warnen kritische Stimmen aber mittlerweile bereits vor der Gefahr einer „De-Konturierung“ etablierter Disziplinen zugunsten „weicherer“ multi- bzw. interdisziplinärer Programme in Forschung und Lehre“ (Helms 2010, 55). Tatsächlich stellt die fortschreitende Fragmentierung und Spezialisierung – überschreitet sie einen kritischen Schwellenwert – Fragen an die disziplinäre Identität und gesellschaftliche Relevanz eines Faches, die aber nur standortübergreifend diskutiert (König 2011, 86–87) und im Kontext der aktuellen internationalen Debatte (Eisfeld 2011; Trent 2011) zu beantworten sind.

5. Internationalisierung und Partnerschaften

Die internationale Vernetzung des Instituts für Politikwissenschaft startete bereits in der frühen Gründungsphase. So veranstaltete die University of New Orleans (UNO) im Sommer 1976 zum ersten Mal die UNO-Innsbruck International Summer School an der Universität Innsbruck mit Studierenden verschiedener amerikanischer Universitäten.¹⁰ 1983 wurde ein Freundschaftsvertrag zwischen der Universität Innsbruck und der UNO abgeschlossen, der es seither Studierenden aller Studienrichtungen beider Universitäten ermöglicht, unter bevorzugten Bedingungen an der jeweiligen Partneruniversität zu studieren. Seit 1989 wird jährlich ein Austrian Student Program in New Orleans angeboten, das als dichtes mehrwöchiges Studienprogramm angelegt

ist und von einer Mitarbeiterin des Instituts für Politikwissenschaft in Innsbruck organisiert und geleitet wird. Besondere Beziehungen unterhält das Institut mit dem an der UNO angesiedelten Center Austria.¹¹

Internationale Kontakte und Kooperationen resultierten darüber hinaus aus zahlreichen Lehr- und Forschungsaufenthalten Innsbrucker PolitikwissenschaftlerInnen an amerikanischen Universitäten wie Harvard, Stanford und der George Washington University, die sich durch die internationalen Vernetzungen der in den letzten Jahren neu berufenen ProfessorInnen noch aufgefächerter darstellen. Wesentliche Impulse für die Internationalisierung des Faches empfängt die Innsbrucker Politikwissenschaft auch durch jährliche Lehr- und Forschungsaufenthalte amerikanischer Fulbright-ProfessorInnen, die jeweils ein Semester in Innsbruck lehren und forschen.

Ein Gradmesser für die Internationalisierung eines Faches ist die Einbindung und Mitgliedschaft in professionellen Fachorganisationen (Klingemann 2007, 31–35, 2008). Einen besonderen Stellenwert hat dabei die Mitgliedschaft des Innsbrucker Instituts am European Consortium for Political Research (ECPR), dessen Workshops und Jahrestagungen von zahlreichen Angehörigen des Instituts besucht werden und für Kontakte mit internationalen FachkollegInnen genutzt werden. Neben der ECPR als zentrale europaweite Plattform politikwissenschaftlicher Forschung bestehen eine Reihe individueller Mitgliedschaften in internationalen peer organizations wie der APSA, IPSA und politikwissenschaftlichen Gesellschaften in Deutschland, der Schweiz und Italien, die auf individueller Basis die internationale Vernetzung der Institutsangehörigen fördern und stärken. Das Institut für Politikwissenschaft ist darüber hinaus federführend in die jährliche International Summer School zur Europäischen Integration eingebunden, die als Kooperationsprojekt von Innsbruck und Trient (EURAC) veranstaltet wird. Ähnlich direkte Kooperationsbeziehungen bestehen mit der Europäischen Akademie Bozen. Gemeinsam mit der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Innsbruck ist das Institut seit 2010 in die Planung und Organisation der Winter School on Federalism and Governance eingebunden, an der ein hochqualifizierter Kreis internationaler Studierender teilnimmt, wobei die erste Woche dieser Winter School jeweils an der Universität Innsbruck, die zweite Woche in Bozen abgehalten wird.

Internationalisierung eines Faches beschränkt sich nicht nur auf die Einbindung in internationale Forschungsnetzwerke, sondern schließt auch die Internationalisierung der Studierenden ein. Neben individuellen über Doktors- und Forschungsstipendien geförderte Auslandsaufenthalte Innsbrucker Studierender der Politikwissenschaft stellt das ERASMUS-Programm die bedeutendste Forderungsplattform für studentische Mobilität dar. Das Innsbrucker Institut ist seit Mitte der Neunzigerjahre aktiv am ERASMUS-Programm beteiligt. Am Beginn standen Austauschabkommen mit den Universitäten Loughborough (England) und Lyon (Frankreich). Mittlerweile hat sich die Anzahl der Kooperationsabkommen kontinuierlich weiterentwickelt. Derzeit bestehen Abkommen mit elf Partneruniversitäten in sieben Ländern (Deutschland, England, Frankreich, Italien, Lettland, Polen und Spanien), die demnächst durch einen Kooperationsvertrag mit einer Universität in Finnland erweitert werden. Das ERASMUS-Programm wird von den Innsbrucker Studierenden der Politikwissenschaft stark nachgefragt. Im Durchschnitt gehen jährlich rund 20 Studierende an eine ausländische Universität, wobei die Sciences Po in Paris und die Loughborough University in England eine besondere Attraktivität auf Innsbrucker Studierende ausstrahlen.

6. Studium: Programme – Nachfrage – Reichweite

6.1 Einführung des Diplomstudiums und Entwicklung der Studierendenzahl

Politikwissenschaft konnte in Innsbruck bis zur Einrichtung einer eigenständigen Studienrichtung 1984¹² nur als Wahlfach oder im Rahmen eines *Studium irregulare* belegt werden. Die Zahl der Studierenden für das Diplomstudium (Politikwissenschaft als Hauptfach) wuchs rasch an, 1990 waren es bereits mehr als 500, im Jahr 2000 mehr als 1.000. Zum Zeitpunkt der Überleitung zum dreistufigen Studienaufbau nach dem Bologna-Prozess im Jahr 2007 wurden rund 1.400 HöerInnen verzeichnet (Abb. 1).

Abbildung 1: Studierende Diplom- (Hauptfach) und Bachelor-Studium – 1990–2011*



* Jeweils Wintersemester, für 2011 Sommersemester

Quelle: Universität Innsbruck, Studienabteilung

Aufgegliedert nach dem Geschlecht sind im Zeitverlauf 1990–2011 weibliche Studierende mit durchschnittlich 40% unterrepräsentiert. Deutlich abgeschwächt ist die Verteilung allerdings mit Blick auf die Studienabschlüsse: Bei der Absolventenzahl (insgesamt 1.645) liegt der Frauenanteil bei 47%; die Dropout-Quote ist bei Frauen also signifikant geringer als bei Männern (Tab. 2).

Tabelle 2: Studierenden- und AbsolventInnenzahlen Diplomstudium – 1990–2011¹³

	Studierende					Absolventen ²				
	gesamt	männlich		weiblich		gesamt	männlich		weiblich	
		abs.	%	abs.	%		abs.	%	abs.	%
1990–92 ¹	652	404	62	248	38	17	10	57	7	43
1993–95 ¹	869	534	61	335	39	29	14	58	15	52
1996–98 ¹	1.012	591	58	421	42	39	21	53	18	47
1999–01 ¹	1.063	615	58	448	42	58	33	56	26	44
2002–04 ¹	1.218	716	59	502	41	76	38	50	38	50
2005–07 ¹	1.399	852	61	547	39	77	40	53	36	47
2008	1092	671	61	421	39	63	38	60	25	40
2009	677	417	63	250	37	79	50	63	29	37
2010	196	123	63	73	37	138	69	50	69	50
2011	161	103	64	58	36	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.
1990–2011	–	–	60	–	40	1.645	865	53	780	47

1 Jeweils jährliche Durchschnittswerte

2 Die absoluten Werte für den Zeitraum 1990–2007 sind jeweils mit 3 zu multiplizieren.

Quelle: Universität Innsbruck, Studienabteilung und Prüfungsreferat

6.2 Studienprogramme

So wie auch an anderen Universitäten werden gegenwärtig mehrere Studienprogramme parallel angeboten. Das Diplomstudium (Mitte 2011 nur mehr knapp 160 Studierende) läuft 2014 aus, das Doktoratsstudium¹⁴ nach altem Studienplan 2017. Der Studienplan für das Bachelorstudium trat 2007 in Kraft, aufbauend gibt es seit 2008 ein MA-Studium „Europäische Politik und Gesellschaft“ sowie seit 2010 ein – fakultätsübergreifendes, der Fakultät für Politikwissenschaft und Soziologie zugeordnetes – MA-Programm „Gender, Culture and Social Change“. Seit 2009 gibt es darüber hinaus ein Doktoratsstudium mit dem Abschluss „Doctor of Philosophy (PhD)“.

Zum BA-Studium ist anzumerken, dass es innerhalb weniger Semester von anfangs unter 400 auf inzwischen knapp unter 1.000 Studierenden angewachsen ist (Tab. 3). Verglichen mit dem Diplomstudium ist der Anteil weiblicher Studierender hier mit 45% erkennbar höher. Erste Studienabschlüsse wurden 2009 verzeichnet: 13 der insgesamt 24 Absolventen, und damit die Mehrheit, waren übrigens Frauen.

Tabelle 3: Bachelor-Studium – HörerInnenzahlen nach Geschlecht

	gesamt	männlich		weiblich	
		abs.	%	abs.	%
WS 2007	364	191	52	173	48
SS 2008	421	223	53	198	47
WS 2008	611	328	54	283	46

SS 2009	687	366	53	321	47
WS 2009	800	425	53	375	47
SS 2010	988	559	57	429	43
WS 2010	987	555	56	432	44
SS 2011	964	557	58	407	42
Ø 2007–11	–	–	55	–	45

Quelle: Universität Innsbruck, Studienabteilung

In Anbetracht der erst kurzen Dauer der neu eingerichteten Studien ist die Datenlage zu den MA-Programmen und dem PhD-Studium insbesondere bei den Studienabschlüssen noch wenig aussagekräftig. Ähnlich erklärt sich auch die ungewöhnlich hohe Zahl von 107 HörerInnen im „alten“ Doktoratsstudium mit dem Umstand, dass es vielfach noch rasch vor der Überleitung ins vom Anforderungsprofil aufwendigere PhD-Studium inskribiert wurde (mit hoher Wahrscheinlichkeit aber nur bei einer kleinen Minderheit tatsächlich zu einem Abschluss führen wird). Bei den Diplomstudierenden wiederum (s.o. Tab. 2) fällt ins Auge, dass die mit dem Auslaufen des Studiums verbundenen Fallfristen vielfach „aktivierend“ gewirkt und von 2008 auf 2010 zu einer Verdoppelung der Absolventenzahlen geführt haben.

6.3 Reichweite des Studiums nach Bundesländern

Die Universität Innsbruck ist vom Einzugsgebiet *die* westösterreichische Universität mit Schwerpunkt Vorarlberg und vor allem Tirol (zu Südtirol s.u.), in geringerem Maße auch für Salzburg und Oberösterreich. Hierin unterscheidet die Politikwissenschaft sich nicht, alle Studienprogramme weisen aufgliedert nach Bundesländern in etwa die gleiche Reichweite auf (s. Tab. 4).

Tabelle 4: Herkunft der Studierenden nach Bundesländern (2011)

	Universität gesamt		BA Pol.wiss.		MA Europ. Pol. u. Ges.		MA Gender		Doctor of Philosophy	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
B	11	0	0	0	0	0	0		0	0
K	228	1	3	0	0	0	0		0	0
NÖ	144	1	7	1	0	0	1	6	0	0
OÖ	768	5	33	5	5	28	1	6	1	4
Sbg	921	6	28	4	0	0	1	6	1	4
Stmk	114	1	7	1	0	0		0		0
T	11.395	70	436	69	11	61	12	75	17	68
V	2.641	16	117	18	2	11	1	6	4	16
W	146	1	3	0	0	0		0	2	8
gesamt	16.368	100	634	100	18	100	16	100	25	100

Quelle: Universität Innsbruck, Studienabteilung

6.4 Reichweite des Studiums Inland/Ausland

Hinsichtlich des internationalen Einzugsbereichs – die Statistik der Studienabteilung der Universität differenziert nur nach den Kategorien Österreich, Italien (Südtirol), Deutschland und „anderen“ – ist die Verteilung einzig beim BA-Studium in etwa identisch mit dem Durchschnitt der Universität, bei den anderen Studienprogrammen gibt es zum Teil deutliche Unterschiede (Tab. 5). Besonders ins Auge fällt das beim MA-Programm „Europäische Politik und Gesellschaft“: Hier stammen nur 55% (gegenüber 66% der Universität) aus Österreich und 15 (gegenüber 7) aus „anderen“ Ländern. Auch wenn die Fallzahl (insgesamt 33) bei diesem Programm noch klein ist, ist es deutlich ein „europäisches“ Studium und wird auch als solches nachgefragt; die „anderen“ Studierenden kommen u.a. aus Finnland, Litauen und der Tschechischen Republik. Bislang ausschließlich auf Österreich beschränkt ist das – allerdings noch junge – MA-Programm „Geschlecht, Kultur und sozialer Wandel“. Abgesehen von Letzterem ist für die Politikwissenschaft ebenso wie die Gesamtuniversität charakteristisch, dass aus Südtirol stammende Studierende den größten Anteil an ausländischen HörerInnen stellen, gefolgt von HörerInnen aus Deutschland.

Tabelle 5: Herkunft der Studierenden Inland/Ausland (2011)

	Universität gesamt		BA Pol.wiss.		MA Europ. Pol. u. Ges.		MA Gender		Doctor of Philosophy	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Österreich	16.534	66	641	66	18	55	16	100	25	66
Italien (Südtirol)	3.414	14	166	17	4	12	0	0	9	24
Deutschland	3.516	14	109	11	6	18	0	0	3	8
andere	1.686	7	48	5	5	15	0	0	1	3
gesamt	25.150	100	964	100	33	100	16	100	38	100

Quelle: Universität Innsbruck, Studienabteilung

6.5 Arbeitsmarkt und Berufskarrieren der AbsolventInnen

Studien über den Verbleib der AbsolventInnen des Studiums auf dem Arbeitsmarkt wurden und werden immer wieder im Rahmen kleinerer empirischer Projekte durchgeführt.¹⁵ Allen diesen Studien gemeinsam ist der nicht zu tilgende Makel der mangelnden Repräsentativität. Das trifft nicht so sehr auf die Stichprobe zu – Salchner (2005) gelang mit seiner Untersuchung des Zeitraums 2000–2004 sogar (annähernd) eine Vollerhebung aller erreichbaren AbsolventInnen. Gerade die Erreichbarkeit ist aber das zentrale Erhebungsproblem. AbsolventInnen eines Universitätsstudiums zeichnen sich durch eine überdurchschnittlich hohe Mobilität aus und sind unter ihrer alten Adresse oft nicht mehr erreichbar – das trifft besonders auf jene zu, die im Ausland Karriere machen.

Unter Ausklammerung des Problems der Datenerhebung verteilen sich die Innsbrucker AbsolventInnen auf höchst unterschiedliche Tätigkeitsfelder, was die Annahme, dass die Politikwissenschaft eher GeneralistInnen als SpezialistInnen hervorbringt, bestätigt (s. Tab. 6). Das

betrifft wohlgermerkt AbsolventInnen des Diplomstudiums, für das BA- sowie das MA-Studium gibt es noch keine Erfahrungswerte.

Tabelle 6: Berufstätigkeit der AbsolventInnen der Politikwissenschaft Innsbruck (2000–2004)

Tätigkeitsfeld	Anteil in %
öffentliche Verwaltung	22
öffentliche/soziale Dienstleistung	16
Partei, Gewerkschaft, Verband	15
Medien	13
internationale Organisation bzw. Institution	8
Universität, Forschungsinstitut	7
sonstige Bereiche	19
gesamt	100

N=68

Quelle: Salchner 2005, 82.

7. Professionelle Sichtbarkeit des Standortes

Die fachspezifische Sichtbarkeit eines Standortes resultiert nach Klingemann (2008) aus der dichten professionellen Peer-Kommunikation und aktiven Präsenz in der nationalen und internationalen Fachöffentlichkeit. Empirische Indikatoren sind dafür die Anzahl der Beiträge in referierten Journals, die Häufigkeit der Zitate und Verweise auf Publikationen einzelner WissenschaftlerInnen bzw. die aktive Präsenz bei nationalen und internationalen Fachtagungen und Workshops. Obwohl für einzelne Indikatoren in der Forschungsleistungsdokumentation der Universität Innsbruck und den Wissensbilanzen des Wissenschaftsministeriums selektive Daten abzurufen sind, mangelt es bislang an aussagekräftigem Datenmaterial, das eine Output-Bilanz der österreichischen Politikwissenschaft nach internationalen Standards gestattet. Offenkundig besteht für die österreichische Politikwissenschaft, was Publikationen in internationalen referierten Fachjournals betrifft, ein erheblicher Aufholbedarf. Auf Basis einer explorativen Zitationsanalyse konstatiert König, „dass die international erfassten Publikationen aus Österreich in Fachzeitschriften zu verachtfachen wären, um auf den Durchschnitt der besten fünf Länder zu kommen“ (König 2011, 84). Die verhaltene – wenn auch in Zeit- und Generationswandel deutlich ansteigende – Präsenz Innsbrucker AutorInnen in international referierten Fachzeitschriften fügt sich in das in europaweiten State-of-the-Art-Reports (Klingemann 2007, 2008) dokumentierte Bild einer unterdurchschnittlichen Sichtbarkeit österreichischer PolitikwissenschaftlerInnen in internationalen, vorrangig englischsprachigen Fachpublikationen.

Die vergleichsweise schwache internationale Journalpräsenz der österreichischen Politikwissenschaft geht zum einen auf die traditionelle Publikationskultur des Faches zurück, die Monografien und Beiträgen in Sammelbänden einen besonderen Wert zumisst, hängt aber teilweise auch mit dem bereits angesprochenen, noch immer erkennbaren Österreich-Bias politikwissenschaftlicher Forschung zusammen. Eine weitere Erklärung mag in einer vor allem unter

älteren Generationen verbreiteten Distanz zu strikt quantitativen empirischen Analysen und Modellberechnungen liegen, die aber von den HerausgeberInnen-Boards zahlreicher internationaler Journals als zentrales Akzeptanzkriterium eines eingereichten Beitrags angesehen werden. Die Bereitschaft, sich an einer neuen Publikationskultur zu orientieren, ist erwartungsgemäß vom Lebens- und Dienstalter der WissenschaftlerInnen abhängig. Angehörige der jüngeren MitarbeiterInnen-Generation am Innsbrucker Institut tendieren ungleich stärker in Richtung referierter Journalpublikationen als dienstältere MitarbeiterInnen, die bei ihrem Publikationsverhalten dem Medium Buch den Vorzug vor Journalpublikationen geben. Durch den Generationswandel am Institut für Politikwissenschaft wie durch Neuberufungen von KollegInnen, die sich in ihrer beruflichen Karriere und akademischen Profilierung bereits stärker an den Imperativen der neuen Publikationskultur orientierten, zeichnet sich in den kommenden Jahren eine deutlich erhöhte Journalpräsenz Innsbrucker Politikwissenschaft ab.

Kompetitiver stellt sich die Situation für den Standort Innsbruck bei der Präsenz auf nationalen und internationalen Fachtagungen und Konferenzen dar. Das Institut für Politikwissenschaft war in den vergangenen Jahren mehrfach Gastgeber und Veranstalter internationaler Fachkonferenzen und Projektworkshops.¹⁶

Zur professionellen Sichtbarkeit des Standortes zählt schließlich die massenmedial vermittelte Präsenz einzelner Institutsangehöriger als Interviewpartner, Analytiker, Kommentatoren und Teilnehmer in Diskussionsrunden. Diese Form der Präsenz ist – obwohl in Wissensbilanzen quantitativ erfasst – kein originäres akademisches Leistungs- und Outputkriterium, berührt aber die öffentliche Funktion der Politikwissenschaft und die Frage nach der gesellschaftlichen Relevanz des Faches (Pelinka 2007). In Summe trägt diese Form massenmedialer Präsenz mit allen Einschränkungen zur öffentlichen Sichtbarkeit des Standortes bei und generiert wiederum Einladungen zu Vorträgen und Podiumsdiskussionen, die eine fakten- und forschungsgestützte Argumentation und Analyse gestatten.

8. Entwicklungsperspektiven im Kontext der Europäisierung des Faches

Die Innsbrucker Politikwissenschaft steht in den kommenden Jahren vor neuen Herausforderungen, die zum einen auf universitätsinterne Steuerungsmaßnahmen zurückgehen, zum anderen mit generellen Trends und Entwicklungslinien der Disziplin in Zusammenhang stehen. Ohne in Themen und Auswahl der Forschungsfelder einzugreifen, haben inneruniversitäre Strukturmaßnahmen des Innsbrucker Rektorats die Forschungspraxis am Institut für Politikwissenschaft erkennbar verändert. Durch die Einrichtung von Forschungsplattformen und Forschungszentren ist zwar individuelle Einzelforschung nach wie vor möglich, unverkennbar steigt aber der Druck zur Bildung von Forschungsgruppen, die sich durch kohärente Teamarbeit und externe Vernetzung am Drittmittelmarkt einzuwerbender Förderungsgelder bewähren sollen. Der Übergang von der traditionellen Einzelforschung zur drittmittelgestützten, vernetzten Projektforschung erhöht unzweifelhaft die Wettbewerbsfähigkeit eines Forschungsstandortes. Das indikatoren-gestützte Forschungsmanagement bedeutet gleichzeitig die Abkehr von einer individuellen Forschungskultur, die auf flexibler Selbststeuerung beruhte. Im Umbruch befindet sich nicht nur die Forschungskultur, sondern auch die traditionelle Publikationskultur des Faches. So ist die quantitative Steigerung der Anzahl fremdsprachiger, peer-referierter Journalbeiträge zentrale Vorgabe bei den Zielvereinbarungsverhandlungen zwischen Rektorat und Fakultät, bei denen auch die Anzahl der FWF-Forschungsanträge wie die Höhe der eingeworbenen Drittmittel zur Diskussi-

on stehen. Wenig überraschend haben Zielverfehlungen eines Instituts unmittelbare Konsequenzen für die Zuweisung budgetärer Mittel, geplante Investitionsvorhaben und den Personalbedarf. Letzterer ist vor dem Hintergrund strategischer Profilierungsvorhaben des Standorts wie eklatanter Unterbesetzungen in einzelnen Kernfächern aber dringend anzumelden.

Vor erheblichen Herausforderungen steht das Institut auch im Bereich der Lehre und Studienprogramme. Eine Zwischenbilanz der Praktikabilität des im Zuge des Bologna-Prozesses eingerichteten dreigliedrigen Studienprogramms verweist auf erhebliche Problemflächen und Inkonsistenzen, was Studienverläufe und berufliche Qualifikationsprofile betrifft. Die Tatsache, dass ein BA-Abschluss beim Einstieg in den öffentlichen Dienst mit Einkommens- und Aufstiegsnachteilen versehen ist, mag AbsolventInnen der BWL bei ihren beruflichen Plänen geringere Probleme bereiten als AbsolventInnen des Faches Politikwissenschaft, für die qualifizierte Tätigkeiten im Bereich der öffentlichen Verwaltung einen häufig beschrittenen Karriereweg darstellen. Inkonsistenzen zeichnen sich auch in den Erwartungen der Studierenden des neu eingerichteten PhD-Programms und den strikt auf eine wissenschaftliche Laufbahn abgestellten Programmzielen ab. Hier werden nach einer abzuwartenden Evaluierung Modifikationen notwendig sein, die zum einen die Sicherung eines Nachwuchses an hervorragend ausgebildeten PolitikwissenschaftlerInnen gewährleisten, zum anderen dafür Sorge tragen, dass der Weg zur Promotion auch für besonders ambitionierte externe DissertantInnen grundsätzlich offen bleibt.

Die fortschreitende Europäisierung der Disziplin, die erhöhte internationale Sichtbarkeit, die verstärkte Integration in multinationale Forschungsnetzwerke, aktive Präsenz bei europäischen Konferenzen und Workshops, verstärkte Mobilität der Lehrenden und Studierenden, Förderung eines hochqualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses und exzellente Forschungsprojekte und Publikationsleistungen sind zentrale Parameter, um im europäischen Wissenschaftswettbewerb kompetitiv zu werden. Voraussetzung dafür ist aber eine proaktive Grundeinstellung und die Abkehr von einer hinnehmenden „passiven Europäisierung“ (König 2010, 243f.). Die europäische Herausforderung besteht aber nicht nur in der verstärkten professionellen Sichtbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Politikwissenschaft, sondern berührt im Kern die Frage nach der politischen und gesellschaftlichen Relevanz des Faches, die 40 Jahre nach Etablierung der österreichischen Politikwissenschaft neuer Antworten bedarf.

ANMERKUNGEN

- 1 Zu Dank verpflichtet für nützliche Hinweise und Informationen sind wir Erna Appelt, Reinhold Gärtner, Ludger Helms, Richard Hussl, Sven Jeschke, Gerhard Mangott und Bernhard Natter. Ebenso danken wir den beiden anonymen Gutachtern für die teils sehr hilfreichen Empfehlungen.
- 2 Tatsächlich war Anton Pelinka über viele Jahre Leitfigur und Synonym der Innsbrucker Politikwissenschaft und hat in dieser Rolle entscheidend zur Sichtbarkeit und Attraktivität des Standorts beigetragen.
- 3 Diese und einige weitere Präzisierungen zur Gründungsgeschichte des Instituts stammen von Anton Pelinka, bei dem wir uns an dieser Stelle für die kritische Lektüre des Drafts für diesen Beitrag bedanken.
- 4 Das wesentlich größere Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien hat im Vergleich dazu mit Stand 2011 sieben zugeordnete UniversitätsdozentInnen.
- 5 Großer Nachfrage (mit Stand 2011 bereits 31 Mal abgehalten) erfreut sich das in Blockform angebotene einwöchige Seminar „Politisches Alltagsverständnis“.
- 6 Innsbruck fungierte als Standort ab 1983, die Koordination erfolgte durch das IFF. Im Zuge von mehreren Umstrukturierungen des IFF ging diese Funktion 2006 an die Universität Klagenfurt, 2010 dann an die Universität Krems.
- 7 Hingewiesen sei an dieser Stelle auch auf eine ab 2004 vom BM für Landesverteidigung finanzierte Stiftungsprofessur für Europäische Sicherheitspolitik. Das Dienstverhältnis mit dem Stelleninhaber wurde dann aber seitens der

- Universitätsleitung wegen, so die Begründung, dienstrechtlicher Verfehlungen gegenüber MitarbeiterInnen bereits 2007 vorzeitig beendet. Die Stelle wurde nicht nachbesetzt, der Vertrag aufgelöst.
- 8 Eine gemäß den Förderungsrichtlinien ad personam an Heinrich Neisser vergebene Professur.
 - 9 Ein – die Forschungsinteressen des Innsbrucker Instituts von Beginn an begleitender – Forschungsbereich ist weiters die empirische Wahl- und Wahlverhaltensforschung, die durch das von Fritz Plasser gemeinsam mit Wolfgang C. Müller und Sylvia Kritzingler (beide Universität Wien) ausgearbeitete und 2009 vom FWF bewilligte NFN-Exzellenzprojekt „AUTNES – Österreichische Nationale Wahlstudie“ wesentliche Impulse erhielt. Derzeit sind zwei der insgesamt vier Teilprojekte des NFN-Projektes am Institut für Politikwissenschaft in Innsbruck angesiedelt.
 - 10 Auf Initiative Anton Pelinkas entwickelte sich eine dichte Kooperationsbeziehung zwischen dem Institut für Politikwissenschaft in Innsbruck und dem Department of Political Science der UNO, dessen langjähriger Chair Charles Hardley in den folgenden Jahren mehrfach als Visiting Professor in Innsbruck unterrichtete, wie auch Angehörige des Instituts für Politikwissenschaft als GastprofessorInnen an der UNO lehrten und forschten.
 - 11 Seit 1991 erscheint jährlich die Zeitschrift „Contemporary Austrian Studies“ (CAS) in Buchform, die von Günter Bischof (Direktor des Center Austria) und Anton Pelinka (seit 2007 von Fritz Plasser) herausgegeben wird und von der mittlerweile bereits 20 Bände vorliegen, die ein vorrangig englischsprachiges Publikum über historische und politische Tendenzen und Besonderheiten Österreichs informieren.
 - 12 Der Studienplan sah die Beteiligung von drei Fakultäten vor: „An der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Innsbruck kann in Verbindung mit der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät sowie unter Mitwirkung der Rechtswissenschaftlichen Fakultät ein politikwissenschaftliches Studium absolviert werden“ (§ 2 Studienplan).
 - 13 Auf eine Berechnung des Betreuungsverhältnisses, also die Zahl der Lehrenden, wie in Tab. 1 dargestellt, gegengerechnet zur Zahl der Studierenden, wird hier bewusst verzichtet. In Abschnitt 3.2 haben wir darauf hingewiesen, dass in Anbetracht des knappen wissenschaftlichen Personals des Instituts die Lehre über einen längeren Zeitraum zu einem nicht unbeträchtlichen Teil durch externe LektorInnen ergänzt wurde. Soweit diese sich habilitierten, übernahmen sie auch die Betreuung von Diplomarbeiten und Dissertationen. Allerdings nicht kontinuierlich; auf dieser Basis Berechnungen vorzunehmen, würde daher unvermeidlich irreführende Zahlen ergeben.
 - 14 Im Zeitraum 1990–2011 wurde das Doktoratsstudium von insgesamt 128 Studierenden abgeschlossen, der Großteil davon mit Dr. phil., eine kleinere, nicht näher benennbare Zahl mit Dr. rer.soc.oec. Eine Aufschlüsselung nach dem Geschlecht gibt es für das Doktoratsstudium nicht.
 - 15 Zu Innsbruck s. z.B. Daldos et al. (1996) und Salchner (2005); zu Salzburg Wolfgruber (1999); zu Wien siehe die Literaturübersicht bei Sickinger (2004).
 - 16 Im Herbst 2011 fand in Innsbruck eine international besetzte Konferenz zum Thema „Institutional Architectures for the EU Compared“ statt. Innsbruck wird 2013 auch Gastgeber und Organisator der nächsten Drei-Länder-Tagung der politikwissenschaftlichen Gesellschaften Deutschlands, Österreichs und der Schweiz sein. Für 2014 hat sich das Innsbrucker Institut schließlich erfolgreich für die alle zwei Jahre stattfindende Graduiertenkonferenz der ECPR beworben, was für die europäische professionelle Sichtbarkeit des Standortes Innsbruck eine wesentliche Stärkung bedeutet.

LITERATURVERZEICHNIS

- Appelt*, Erna (1996). La science politique en Autriche in: Jean-Louis *Quermonne* (Hg.): *Political Science in Europe: Report on the State of the Discipline*. Paris, 105–130.
- Appelt*, Erna/Johannes *Pollak* (2007). The Current State of Political Science in Austria, in: Hans-Dieter *Klingemann* (Hg.): *The Current State of Political Science in Austria*, Opladen und Farmington Hills, 43–55.
- Daldos*, Peter/Günther *Hämmerle*/Rebeka *Hitsch*/Caterina *Revolti*/Stefan *Saumweber*/Werner *Tasser* (1996). Ausbildung zur Arbeitslosigkeit? Zum Verbleib der Innsbrucker PolitologInnen, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaften*, Vol. 25(1), 81–90.
- Eisfeld*, Rainer (2011). How Political Science Might Regain Relevance and Obtain an Audience: a Manifesto for the 21th century, in: *European Political Science*, Vol. 10(2), 220–225.
- Ehs*, Tamara (2010). Über die Ursprünge österreichischer Politikwissenschaft – Ein Blick zurück im Bologna-Jahr 2010, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Vol. 39(2), 223–241.
- Helms*, Ludger (2010). Die deutsche Politikwissenschaft und ihre europäischen Schwesterdisziplinen, in: Irene *Gerlach*/Eckhard *Jesse*/Marianne *Kneuer*/Nikolaus *Werz* (Hg.): *Politikwissenschaft in Deutschland*, Baden-Baden, 55–72.
- Institut für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck* (1996). Tätigkeitsbericht 1993–1995, SOWI-Innsbruck.
- Institut für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck* (2001). Tätigkeitsbericht 1996–2000, SOWI-Innsbruck.
- Karhofer*, Ferdinand/Anton *Pelinka* (1991). Austrian Political Science: The State of the Art, in: *European Journal of Political Research*, Vol. 20, Special Issue „Political Science in Western Europe, 1960–1990“, 399–411.

- Klingemann*, Hans-Dieter (2007). A Comparative Perspective on Political Science in Western Europe around the Year 2005, in: Hans-Dieter *Klingemann* (Hg.): *The State of Political Science in Western Europe*, Opladen und Farmington Hills, 13–39.
- Klingemann*, Hans-Dieter (2008). Capacities: Political Science in Europe, in: *West European Politics*, Vol. 31(1–2), 370–396.
- König*, Thomas (2010). Die Geschichte der Disziplin Politikwissenschaft im Verhältnis zu österreichischer Forschungspolitik und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in: Peter *Biegelbauer* (Hg.): *Steuerung von Wissenschaft? Die Governance des österreichischen Innovationssystems*, Innsbruck, 223–257.
- König*, Thomas (2011). Das unvollständige Projekt. Bestandsaufnahme der österreichischen Politikwissenschaft, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Vol. 40(1), 81–89.
- Kramer*, Helmut (Hg.) (2004). *Demokratie und Kritik – 40 Jahre Politikwissenschaft in Österreich*, Frankfurt am Main.
- Pelinka*, Anton (1995). Fluch und Segen der Normalität. Zur Situation der Politikwissenschaft in Österreich, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Vol. 24(3), 347–351.
- Pelinka*, Anton (1996). Politikwissenschaft in Österreich, in: *Swiss Political Science Review*, Vol. 2(4), 1–12.
- Pelinka*, Anton (2004). Politikwissenschaft, kritische Öffentlichkeit und Politik, in: Helmut *Kramer* (Hg.): *Demokratie und Kritik – 40 Jahre Politikwissenschaft in Österreich*, Frankfurt, 99–112.
- Pelinka*, Anton (2007). Kritische Wissenschaft und kritische Öffentlichkeit, in: Erich *Fröschl*/Helmut *Kramer*/Eva *Kreisky* (Hg.): *Politikberatung zwischen Affirmation und Kritik*, Wien, 47–55.
- Salchner*, Paul (2005). *Das Studium der Politikwissenschaft und die beruflichen Perspektiven*, Diplomarbeit, Universität Innsbruck, Institut für Politikwissenschaft.
- Sickingler*, Hubert (2004). Die Entwicklung der österreichischen Politikwissenschaft, in: Helmut *Kramer* (Hg.): *Demokratie und Kritik – 40 Jahre Politikwissenschaft in Österreich*, Frankfurt am Main, S. 27–69.
- Trent*, John E. (2011). Should Political Science be More Relevant? An Empirical Analysis of the Discipline, in: *European Political Science*, Vol. 10(2), 191–208.
- Wolfgruber*, Elisabeth (1999). *Das Berufsprofil von PolitikwissenschaftlerInnen*. Ein Projektbericht, Schriftenreihe des Salzburger Instituts für Politikwissenschaft.

AUTOREN

Ferdinand KARLHOFER, geb. 1956. Institut für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck. Forschungsinteressen: Parteien- und Verbändeforschung, Föderalismus.

Fritz PLASSER, geb. 1948. Institut für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck. Forschungsinteressen: Politische Kommunikations- und Wahlforschung.